Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 90 (2010)
Heft: 979

Rubrik: Dossier : vier Sprachen, ein Land

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

1 Jedem seine Sprache
2 Der Wille ist es!
3 Wohlwollende Nichtbeachtung
4 English for Everybody
5 La Romandie n'existe pas
6 Sonderfall Ticino
7 Studieren in der Fremde

Vier Sprachen, ein Land

Über den Zusammenhalt der Schweiz

Wie kann es sein, dass ein Bundesstaat mit vier offiziellen Landessprachen regierbar ist? Die Frage scheint uns, in dieser Deutlichkeit formuliert, nicht wirklich zu betreffen. Wir haben uns an die Anomalität eines Viersprachenstaats gewöhnt. Dabei genügt ein Blick über die Landesgrenzen hinaus, um zu sehen, wie brisant die Sprachenfrage sein kann.

Belgien, zerrissen zwischen französischsprachigen Wallonen und niederländischsprachigen Flamen, droht an einer solchen Frage gar zu zerbrechen. Das Land wurde 1963 vom Zentralstaat zum Bundesstaat. Erklärtes Ziel: mehr Autonomie für die Regionen, um den Sprachenkonflikt zu entschärfen. Geschehen ist das genaue Gegenteil – Flamen und Wallonen reden gar nicht mehr miteinander.

Anders die Schweiz. Zwar wird in der Öffentlichkeit immer wieder um Sprachenfragen gerungen – zum Glück. Doch werden sie gewöhnlich nicht als nationales Politikum verhandelt. Der Pragmatismus obsiegt – dank helvetischem Föderalismus. Und so können sich die Deutschschweizer, die Romands, Ticinesi und Rätoromanen im Alltag weiterhin um die Sprachen und Mentalitäten ihrer Miteidgenossen bemühen, so gut es eben geht. Die Verständigung ist holprig, aber sie funktioniert.

Um so erstaunlicher ist die jüngst entbrannte Debatte über die Dominanz des Deutschen bzw. des Schweizerdeutschen. Sie hat zu neuen politischen Vorstössen geführt. So sollen beispielsweise die schweizerdeutschen Dialekte einen offiziellen Status als regionale Sprachen erhalten. Zugleich soll festgelegt werden, in welchen Lebensbereichen Hochdeutsch und in welchen Dialekt gesprochen werden darf. Was auf den ersten Blick vielleicht plausibel scheint, wäre eine zutiefst unschweizerische Lösung.

Die Sprachenfrage wäre nicht mehr ein pragmatisches Problem des Gedankenaustauschs unter verschiedensprachigen Miteidgenossen. Sie wäre auch nicht mehr eine Frage des wechselseitigen Respekts und Verständnisses. Sie würde vielmehr von einer Frage der Verständigung zu einer Frage der kulturellen Zugehörigkeit, d.h. Abgrenzung hochgekocht – zu einer politischen Frage also, die allein vom Bund zu lösen wäre. Die Konflikte wären programmiert. Siehe Belgien.

Die Viersprachigkeit ist eine zukunftsweisende Eigenart der Schweiz. Sie hat den Willen zum Zusammenhalt des Landes – und damit diesen selbst – nicht geschwächt, sondern gestärkt. Woher rührt der Erfolg? Und wie bleiben wir erfolgreich? Anregungen dazu finden Sie auf den folgenden Seiten.

René Scheu

Welche Landessprache sprechen Sie? Diese Frage kann darüber entscheiden, ob man Bundesrat wird oder nicht. Ein Treffen mit dem Ex-Bundesratskandidaten Christian Lüscher im Zentrum der Macht.

1 Jedem seine Sprache

René Scheu im Gespräch mit Christian Lüscher

Herr Lüscher, wir sitzen hier im Bundeshaus, dem politischen Zentrum der mehrsprachigen Schweiz. In welcher Sprache wollen wir uns unterhalten?
Je suis flexible.

Ich stelle meine Fragen auf Deutsch, Sie antworten auf Französisch?
Très bien. Das ist ein sehr guter Weg, um in der Schweiz miteinander zu kommunizieren. Ich verstehe Sie, und Sie verstehen mich.

Wir pflegen beide unsere Eigenheiten.
Genau. Natürlich zeugt es von Respekt, wenn man sich in der Sprache seines Gegenübers unterhält. Aber da die wenigsten perfekt *bilingue* sind, werden die Gespräche oft holprig. Man spricht mehr über die Eigentümlichkeiten der Sprache als über Inhalte. Die Ausdrucksfähigkeit wird dem Anstand geopfert. Das musst nicht sein.

In der Schule ist uns eigentlich beigebracht worden, dass man sich mit Romands auf Französisch unterhält.
Das ist gute Erziehung! Ich gebe gerne zu, dass die Deutschschweizer in dieser Hinsicht vorbildlich sind und sehr schnell die Sprache wechseln. Dagegen ist auch nichts einzuwenden. Ich sage nur: wenn man ein vertiefendes Gespräch führen möchte, sollte sich jeder in seiner Sprache ausdrücken können. Sprache ist Heimat.

Wie kommunizieren die Parlamentarier im Bundeshaus untereinander?
[Auf Deutsch] In den Kommissionssitzungen sprechen die Romands Französisch. Es wird nicht erwartet, dass wir uns mit Deutsch abmühen. Und die Deutschschweizer verständigen sich auf Deutsch.

Sie haben gegen unseren Pakt verstossen. Sie sprechen nun plötzlich wieder Deutsch.
Wir praktizieren ein schönes Kauderwelsch! Nein, im Ernst, es ist von Vorteil, wenn jeder in der Schweiz gute passive Kenntnisse zumindest einer der anderen Landessprachen hat. Ich kann problemlos die NZZ lesen. Aber ich wäre unfähig, auf Deutsch wiederzugeben, was ich gelesen habe. Bleiben wir also dabei: Sie sprechen Deutsch, ich Französisch.

Wir können es auch ganz anders machen: alle sprechen Englisch in der Schweiz.
Das wäre eine sehr schlechte Idee.

Warum?
Der Geist der Schweiz zeigt sich in unterschiedlichen kulturellen Zugehörigkeiten, in verschiedenen Formen der Herkunft und in verschiedenen Sprachen. Denn was macht die Schweiz aus? Nicht eine Sprache, nicht eine Kultur, sondern der eine Wille, dass Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammen eine Gemeinschaft bilden. Die Schweiz ist ganz einfach deshalb eine Nation, weil sie eine sein will. Die Bewegung entstand nicht von oben, sondern von unten. Die Sprachen sind ein wichtiger Teil unseres nationalen Erbes.

Und wenn jetzt alle Sprachregionen gemeinsam beschliessen, Englisch als gemeinsame Sprache einzuführen?
Englisch ist nicht unsere Sprache! Und das ist genau der Punkt. Denn wenn wir unsere Sprachen aufgeben, verlieren wir einen Teil unserer Identität.

Als es um die Regelung der Nachfolge von Bundesrat Pascal Couchepin ging, war die Sprachzugehörigkeit ein wichtiges Thema. Ausnahmsweise war sich die ganze politische Schweiz einig: der neue Bundesrat sollte wie sein Vorgänger französischsprachig sein.
Ich teile diese Ansicht. Es sollen mit Vorteil alle Sprachen in der Regierung vertreten sein. In Artikel 175 unserer Verfassung steht: Bei der Wahl des Bundesrats «ist derart Rücksicht zu nehmen, dass die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind». Letztlich geht es um den Schutz der Minderheiten. Die Regierung muss das gesamte Volk repräsentieren, sonst hat sie ein Legitimationsproblem.

Sie haben sich letzten Sommer ins Spiel um Couchepins Nachfolge gebracht. Als Romand profitierten Sie vom Bonus Ihrer Herkunft.

Ich stehe absolut hinter dem, was ich eben sagte – nicht aus Opportunismus, sondern aus Überzeugung.

Die Sprachenfrage kann aber auch groteske Züge annehmen. Ständerat Urs Schwaller bewarb sich ebenfalls um das freiwerdende Amt des Bundesrats und spielte die Sprachenkarte aus. Freiburg, seine Geburtsstadt, ist zweisprachig, und so stellte sich Herr Schwaller plötzlich als halben Romand dar, obwohl er der Deutschschweizer Minderheit in Freiburg angehört.
Das war politisches Sommertheater. Herr Schwaller ist ganz klar ein Deutschschweizer. Aber er wollte Bundesrat werden, was ja durchaus legitim ist – also hat er versucht, seine Herkunft aus einer zweisprachigen Stadt optimal einzusetzen. So funktioniert Politik.

Wir brauchen die besten Leute in der Regierung. Sprache sollte nicht höher gewichtet werden als Kompetenz.
Man muss verschiedene Qualitäten mitbringen. Man muss kompetent sein, die richtige Sprache sprechen und in der richtigen Partei sein.

Haben Sie sich nie als Quotenkandidat gefühlt, den man bloss deshalb aufstellt, weil er zufälligerweise aus der Romandie kommt?
Nein, nie. So funktioniert nun einmal unser politisches System. Im Bundesgericht greifen dieselben Mechanismen. Wenn ein Richter deutscher Sprache zurücktritt, wird er durch einen Deutschschweizer ersetzt. Wenn man in einem mehrsprachigen Land lebt, ist die proportionale Repräsentation wichtig.

Was, wenn man sich nicht mehr daran hielte?
Das wäre das Ende der Stabilität und der Konkordanz in der Schweiz. Und das wiederum wäre sehr schlecht.

In der Bundesverfassung ist zwar festgehalten, dass die vier Landessprachen zugleich die vier Amtssprachen sind. Doch kann jeder Kanton selbst festlegen, in welcher Sprache er mit seinen Bürgern kommuniziert.
Es ist klug, sich hier Flexibilität und Lokalautonomie zu bewahren. Sprachenfragen bergen viel politischen Zündstoff – wenn man sie auf der nationalen politischen Bühne behandelt, sind Konflikte programmiert. Wir haben eine gute Lösung in der Schweiz, indem wir auf kantonale und kommunale Eigenverantwortung setzen.

Die vierte Landessprache, Rätoromanisch, wird nur noch von einigen zehntausend Schweizern praktiziert. Bundesbern spricht hohe Subventionen zur Erhaltung der rätoromanischen Sprache und Kultur. Geht das nicht zu weit?
Das ist für mich absolut in Ordnung. Würde das Rätoromanische aussterben, wäre dies ein kultureller Verlust für die Schweiz. Auch hier geht es letztlich darum, eine Minderheit zu schützen. Der Minderheitenschutz ist ein zentraler Pfeiler des helvetischen Systems.

Eine Behörde kann den Zerfallsprozess einer Sprache nicht durch Zusprechen von Geldern aufhalten.
Das mag schon sein. Dennoch gehört es zu ihren Aufgaben, den Rätoromanen dabei zu helfen, ihr Erbe zu bewahren. Wie wichtig das ist, habe ich als Gymnasiast begriffen. Ich habe Latein und Altgriechisch gelernt. Dies sind zwar tote Sprachen, aber sie sind eben auch die Wurzeln der Sprachen, die wir heute sprechen. So erweitern wir unseren Horizont. Nur wer weiss, woher er kommt, hat auch eine Ahnung davon, wohin er geht.

Das Problem sind nicht die Deutschschweizer, die *Schwiizerdüütsch* sprechen. Das Problem sind die Romands, die nicht genügend Deutsch verstehen.

Der grüne Genfer Nationalrat Antonio Hodgers kritisierte jüngst den systematischen Gebrauch des Schweizerdeutschen. Er schrieb in einem Beitrag für die «NZZ am Sonntag»: «Hält dieser Trend an, steuern wir auf ein ernsthaftes Problem mit der nationalen Kohäsion zu. Ein Blick nach Belgien genügt, um zu sehen, was es heisst, wenn sich zwei Sprachgemeinschaften nicht mehr verstehen.» Teilen Sie diese Einschätzung?
Hodgers liegt falsch. Seine Aussage war sehr egoistisch. Denn sein Problem ist, dass er nicht versteht, was die Leute in der Deutschschweiz über ihn sagen. Dies hat ihn gestört. Aber stört es auch die anderen Romands? Ich denke nicht. Schweizerdeutsch ist überhaupt kein Problem. Ich bin neu im Vorstand der IG Freiheit – als einziger Romand. Untereinander sprechen sie *Schwiizerdüütsch*, doch wenn ich dabei bin, sprechen alle Hochdeutsch. Das Problem sind nicht die Deutschschweizer, die *Schwiizerdüütsch* sprechen. Das Problem sind die Romands, die nicht genügend Deutsch verstehen.

Viel Lärm um nichts?
Sagen wir es so: Herr Hodgers mag es offensichtlich nicht, dass die Deutschschweizer besser Französisch sprechen als er Deutsch.

Die Provokation hat aber gewirkt. Über Wochen beherrschte die Sprachenfrage die Medien.
Der positive Punkt seiner Polemik war, dass diese Frage wieder einmal ausgiebig diskutiert wurde. Die Debatte hat gezeigt, dass wir alle an unserer Sprache hängen. Jeder muss sich anstrengen, die Sprache des anderen zu lernen. In der Schweiz bemühen sich die Deutschschweizer mehr als die Romands, die sich lieber abschotten und jammern.

Hodgers verweist auf Belgien. Die Flamen und Wallonen bekämpfen sich aufs heftigste. Der Sprachenkonflikt spitzt sich immer weiter zu. Warum kennen wir solche Konflikte in der Schweiz nicht?
Ich kenne die belgische Geschichte nicht gut genug. Aber die Flamen und die Wallonen haben sich sicher nicht freiwillig zu einer Nation zusammengeschlossen. Belgien ist keine Willensnation. In der Schweiz dagegen haben wir entschieden, ein gemeinsames Projekt durchzuziehen. Das ist ein grosser Unterschied.

Hier muss die Bildungspolitik Gegensteuer geben. Eine zweite Landessprache muss in der Schule vor dem Englischen kommen!

Die Schweiz als Willensnation – was noch vor 10 Jahren eine empörungsträchtige Formulierung war, ist heute wieder salonfähig.
Moden kommen und gehen, aber die Schweiz ist und bleibt eine Willensnation, solange sie dies will. Das konnte man in den letzten Wochen sehen, wenn die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft spielte. Wir sind ein einig Volk. Ich habe das Testspiel der Schweiz gegen Italien aus nächster Nähe im Stadion verfolgt. Da habe ich wieder einmal bemerkt, dass es keine wirklichen Unterschiede zwischen Romands, Tessinern und Deutschschweizern gibt.

In der Nati spielen viele Secondos mit ganz unterschiedlichen kulturellen Wurzeln.
Das ist durchaus schweizerisch. Deshalb ist es für Secondos auch leicht, sich zu integrieren – sofern sie dies wirklich wollen. Das ist eines der Erfolgsgeheimnisse der Schweiz.

Die Schweiz ist in den vergangenen Jahrzehnten multikultureller und kosmopolitischer geworden. Es ist jedoch gerade diese kosmopolitische Schweiz, die eine Stärkung des Englischen fordert.
Am Englischen kommt niemand vorbei. Englisch ist die Weltsprache. Es ist wichtig, dass Englisch intensiv unterrichtet wird – aber als dritte Sprache, nach der Mutter- und der zweiten Landessprache.

Fakt ist: in der Romandie war das Interesse an der deutschen Sprache nie besonders gross. In der Deutschschweiz schwindet die Motivation, Französisch zu lernen.
Hier muss die Bildungspolitik Gegensteuer geben. Eine zweite Landessprache muss in der Schule vor dem Englischen kommen! Ganz abgesehen davon, dass heute ohnehin jeder mit dem Englischen in Berührung kommt – wir sollten uns der Mechanismen bewusst sein, die unser Land zusammenhalten. Wir müssen einander kennen. Vielleicht sollte man die jungen Leute zwischen 10 und 15 Jahren wieder vermehrt animieren, einen sechsmonatigen Sprachaufenthalt in einem anderen Landesteil zu absolvieren.

Zu viel Verständnis kann auch zu viel Einmischung und Bevormundung bedeuten. Der Politikwissenschafter Dieter Freiburghaus vertritt die These, dass das Schweizer Modell so gut funktioniere, weil es auf dem Prinzip der wohlwollenden Nichtbeachtung beruhe.
Da ist schon was dran. Das ist sozusagen gelebter helvetischer Föderalismus. Die Schweizer sind ein bodenständiges, pragmatisches Volk. Uns verbindet die Lust, zusammen Lösungen zu entwickeln. Wir alle erteilen einer Politik eine Absage, die Probleme schaffen oder sie instrumentalisieren will, so wie dies in anderen Ländern geschieht.

Mit welchem Verständnis der Schweiz sind Sie in Genf aufgewachsen?
Genf als Kanton verfügt über eine Grenze von 110 Kilometern. Vier Kilometer teilt es mit der Schweiz, 106 mit Frankreich. Viele Genfer orientieren sich deshalb weniger an der Schweiz als an Frankreich. Aber die Genfer Politiker haben mittlerweile begriffen, dass die Schweiz existiert und dass viele wichtige Entscheide in Bern getroffen werden. Der Genfer Regierungsrat ist vor kurzem zum erstenmal in offizieller Mission nach Bern gereist.

Wie hat sich Ihr persönliches Verständnis der Schweiz als Folge Ihres Engagements als Nationalrat verändert?
Ich war lange Zeit ein typischer Genfer – ausgerichtet auf die Genfer Realität. Mit meiner neuen politischen Tätigkeit in Bern ist mein Interesse an der ganzen Schweiz gleichsam explodiert. Erst im Parlament habe ich begriffen, welchen Einfluss die Bundespolitik auf mein Leben hat.

Sind Sie zu einem Anhänger des Zentralismus geworden? Das wäre wiederum sehr französisch…
…nein, nein. Ich bin ein klarer Verfechter des Föderalismus. Aber es ist klar, dass in den letzten Jahren die Kompetenzen des Bundesstaates zugenommen haben. Dies ist ein gewollter Vorgang. Mit der neuen Verfassung von 1999 hat das Volk zum Beispiel dem Bund in Sachen Sicherheit, Gesundheit, Steuern und anderen wichtigen Bereichen mehr Kompetenzen gegeben. Wenn der Bund heute mehr Macht hat, dann ist dies das Resultat einer Entwicklung, die von unten kommt. Das müssen wir respektieren. In den klassischen Nationalstaaten Europas kam immer alles von oben. Dort braucht es mehr Dezentralisierung. Bei uns entscheidet das Volk, welche Kompetenzen dem Bund gegeben werden.

Die Kantone beanstanden, dass sie immer mehr Macht verlieren.
Das ist richtig. Die Kantone haben weniger Macht als vor 30 oder 40 Jahren. Sollte der Bund aus Sicht des Volkes eines Tages zu viel Macht auf sich vereinen, wird das Volk opponieren. Das ist das helvetische System von *checks and balances.*

Wir haben eine paradoxe Situation in der Schweiz. Der Zusammenhalt ist gut – eigentlich eine gute Ausgangslage. Doch je mehr Druck von aussen kommt – von den USA, von der EU –, desto mehr bröckelt der Zusammenhalt.
Klar, die Welt ist in Zeiten einer Wirtschaftskrise rauher geworden. Ich glaube allerdings nicht, dass die Kohäsion unter den ausländischen Druckversuchen leidet. Europa ist viel zerrissener als wir. Wir haben einfach unsere internen Debatten. Wenn wir diese Debatten beendet haben, präsentieren wir dem Ausland eine klare Position. Und das ist gut so.

Wir brauchen sehr lange, oft zu lange, bis wir eine solche Position formuliert haben.
Unsere politischen Mühlen mahlen langsam. Aber oft ist es besser, nicht sofort eine Entscheidung zu treffen, sondern ein wenig zuzuwarten.

Sie beschönigen die Situation, die wir faktisch haben: ein grosses Durcheinander, eine ideologische Orientierungslosigkeit.
Finden Sie? Ich würde eher sagen, dass wir Diskussionen führen, so wie wir das immer getan haben. Nach dem 2. Weltkrieg wollten die Alliierten bei uns Geld holen und das Bankgeheimnis vollständig abschaffen. Die Sozialisten waren damit einverstanden. Die Bürgerlichen kämpften dagegen. Solche Debatten existieren schon lange. Aber natürlich hat sich die Welt seither verändert. Vor 50 Jahren kamen die Angriffe auf die Schweiz von einzelnen Staaten, heute bilden ziemlich viele Staaten eine Front gegen uns. Das macht es zwar schwieriger, sich zu wehren. Aber die internen Debatten sind ein gutes Ventil, um dem Druck von aussen zu begegnen. Im Ausland wird wahrgenommen, dass diese Fragen bei uns intern diskutiert werden, dass wir beispielsweise nicht einstimmig für das Bankgeheimnis sind. Die anderen Staaten anerkennen unsere Mechanismen der Selbstverständigung.

Es scheint fast, als könnte Sie nichts in Ihrem Grundvertrauen in die Schweizer Institutionen erschüttern.
Im Ausland sieht man, dass bei uns öffentliche Debatten über wichtige Fragen stattfinden. Darum werden unsere Entscheide im Ausland respektiert.

Die Schweiz kommuniziert das zu wenig. Andere Staaten wissen zu wenig über unser politisches System.
Ich habe in den USA gelebt, und ich kann Ihnen sagen: die USA wissen ganz genau, wie wir funktionieren. Unser Respekt im Ausland ist viel grösser, als viele hier glauben. Wir sind Spezialisten der Selbstkritik. Aber das ist auch unsere Stärke – wir lernen aus unseren Fehlern. So nehmen wir ausländischen Kritikern den Wind aus den Segeln. Das ist eine hervorragende Strategie.

Meinen Sie das im Ernst?
Man muss Optimist sein. Wenn wir optimistisch sind und an uns selber glauben, vermögen wir auch unsere Partner und Gegner zu überzeugen.

(Mitarbeit: Florian Rittmeyer)

CHRISTIAN LÜSCHER, geboren 1963 in Genf, ist Rechtsanwalt und seit 2007 Nationalrat für die FDP. Er war 2009 offizieller Kandidat bei der Ersatzwahl für Bundesrat Pascal Couchepin, zog seine Kandidatur aber im dritten Wahlgang zugunsten des Welschschweizer Ständerats Didier Burkhalter (FDP) zurück, der dann gewählt wurde.

Nationalstaaten haben eine einzige nationale Sprache. Die Schweiz hat deren vier. Ist sie deswegen kein eigentlicher Nationalstaat? Und wenn nicht – was ist sie dann?

2 Der Wille ist es!

Paul Widmer

Sie besitzt keine gemeinsame Sprache, keine gemeinsame Religion, überhaupt kein gemeinsames Substrat. Die Schweiz besitzt nichts ausser einem gemeinsamen Willen.

Doch was bedeutet das, ein gemeinsamer Wille? Was macht eine Willensnation eigentlich aus? So leicht lässt sich dies nicht sagen. Es ist nicht wie mit dem Wohlfahrtsstaat, für den *ein* Kriterium, *eine* Frage im Vordergrund steht – wieviel gibt der Staat für die Wohlfahrt seiner Bürger aus? Bei der Willensnation stellt sich die Frage anders. Sie lautet nicht: Was will der Staat für seine Bürger?, sondern: Was wollen die Bürger für ihren Staat? Eine Willensnation besteht nicht aus dem Willen der Regierung, sondern aus jenem der Bürger. Nur sie bringen die Vitalität der Nation zum Ausdruck.

Der französische Religionswissenschafter Ernest Renan hat diesen Sachverhalt in seiner 1882 an der Sorbonne gehaltenen Rede «Was ist eine Nation?» als erster auf den Begriff gebracht. Am Beispiel der Schweiz veranschaulichte er, was eine Willensnation ist: etwas Dynamisches, *«un plébiscite de tous les jours»*; denn sie verfügt über kein statisches Fundament wie eine Sprachnation. Eine Willensnation, die ihren Willen nicht immer wieder bekräftigt, erlahmt, stirbt ab.

Natürlich braucht eine Willensnation einen Zweck. Es genügt nicht, bloss zu wollen, man muss auch wissen, was man will. Der Wille muss auf etwas gerichtet sein. Und was ist das in der Schweiz? Ganz schlicht die Freiheit. Die Deutschschweizer und die Welschen, die Tessiner und die Rätoromanen, sie alle bilden eine Nation, um ein Maximum an politischer Freiheit, ein Maximum an Freiraum und Mitbestimmung zu geniessen.

Mit ihren ausgeprägten politischen Rechten kommen die Schweizer dieser Zielsetzung ziemlich nahe. Sollte die Freiheit in der Schweiz nicht mehr höher gewichtet werden als in den Ländern ringsum, wäre die Willensnation zutiefst gefährdet. Sie hätte kaum noch eine Existenzberechtigung. Die zentrifugalen Kräfte würden dann überhandnehmen.

Eine Willensnation zu bilden, ist schwierig. Mindestens zwei Bedingungen müssen erfüllt sein. Die erste betrifft die Staatsform. Ohne den Föderalismus gäbe es keine mehrsprachige Schweiz. Wo vier Sprachen und Kulturen zusammenleben, muss die Hauptstadt mit ihren Direktiven vorsichtig umgehen. Die Schweiz ist nicht ein dezentralisiertes, sie ist ein nicht-zentralisiertes Land, keine *top down-*, sondern eine *bottom up*-Demokratie. Die alte Gemeindeautonomie wirkt noch mächtig nach. Niemand führt in Genf oder Bellinzona gern Entscheide aus,

www.lars-mueller-publishers.com

Architektur Design Fotografie Kunst Gesellschaft

die in Bern gefällt werden. Deshalb müssen alle Entscheide so bürgernah sein wie möglich. Nur was die Gemeinden und Kantone nicht selbst erledigen können, darf der Bund an sich ziehen. Jegliche Zentralisierung ist begründungspflichtig.

Heute wird der Föderalismus von vielen gerne belächelt. Er hat zweifellos viele Nachteile. Aber darob sollte man seine Vorteile nicht vergessen – von diesen werden die Nachteile mehr als aufgewogen. Der pflegliche Umgang der verschiedensprachigen Schweizer miteinander gilt überall als bemerkenswert. Sind die Schweizer folglich toleranter als andere Völker? Kaum. Fremde Sitten und Kulturen empfangen wir selten mit offenen Herzen. Wir sind nicht besser als die andern. Aber was wir den anderen voraushaben, ist Respekt vor der Gemeindeautonomie und der kantonalen Hoheit.

Das ist das Geheimrezept, das den Zusammenhalt über die Sprachgrenzen hinweg ermöglicht. Die Schwyzer und die Zürcher mochten keine besonderen Sympathien für die Waadtländer und die Tessiner hegen, als diese als selbständige Kantone zur Eidgenossenschaft stiessen. Aber sie verstanden, dass die Neulinge in ihren Kantonen allein zum Rechten schauen wollten – genauso wie sie selbst es auch taten. Dem ausgeprägten Willen, alles im kleinen Rahmen zu entscheiden, entsprach bei uns schon immer die Abneigung gegen den Zentralismus. Darin war man sich einig. Und so blieb es bis heute. Der antizentralistische Affekt kittet die Nation zusammen.

Gewiss, kein föderalistischer Staat kommt ohne einen zentralstaatlichen Rahmen aus. Etwas Allgemeinverbindliches braucht es, sonst zerfällt ein Gemeinwesen. Doch darum braucht man sich kaum zu sorgen. Alle etablierten Nationalstaaten tendieren dazu, die Macht der Zentrale zu stärken. Unter dem Schlagwort der «Effizienz» werden die Kompetenzen der Gemeinden und Kantone laufend beschnitten. Manchmal ist dies nötig, häufig jedoch nicht.

Daher sollte man den Zentralisierungstrend bremsen und die Bürgergesellschaft, die Demokratie «von unten» stärken – gerade in einer vernetzten Welt. Je komplexer die Welt, desto wichtiger werden, sozusagen kompensatorisch, lokale Lösungen. Die Bürger sollen in ihrer unmittelbaren Umgebung selbst bestimmen, wie sie ihr Gemeinwesen gestalten wollen. Das ist anspruchsvoll. Es setzt voraus, dass sie bereit sind, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. Man kann diese nicht einfach «denen da oben» zuschieben. Vielmehr ist jeder Bürger selbst in die Pflicht genommen.

Damit kommen wir zur zweiten Bedingung. Eine Willensnation setzt ein hohes Mass an politischer Kultur voraus. In der Schweiz drückt sich diese – in den letzten Jahren allerdings mit herben Abstrichen – in grossem Bürgerengagement, einem hohen Grad an Selbstverantwortung, einem Hang zu Konsensverfahren und einer zurückhaltenden Aussenpolitik aus.

Diese Kultur ist über die Jahrhunderte herangewachsen. Es ist schwierig, eine neue politische Kultur bewusst zu schaffen. Das zeigen die grossen Probleme der jungen Demokratien im Osten und Südosten Europas, die meistens von einem Mangel an politischer Kultur herrühren – und nicht von schlechten Verfassungen. Einem Land eine gute föderalistische Verfassung zu geben, die auf die Anliegen der nationalen Minderheiten Rücksicht nimmt, ist relativ leicht. Aber die Verfassung mit dem entsprechenden Geist im Alltagsleben umzusetzen, das ist die grosse Herausforderung, an der so viele Staaten scheitern. Selbst ein so fortgeschrittenes Land wie Belgien bekundet damit grosse Mühe.

> Der pflegliche Umgang der verschiedensprachigen Schweizer miteinander gilt als bemerkenswert. Sind die Schweizer toleranter als andere Völker?

Der nationale Zusammenhalt in der Schweiz über die Sprachgrenzen hinweg ist leidlich gut. Aber es gibt zwei problematische Entwicklungen, die man im Auge behalten sollte. Die erste betrifft einen Wandel des Minderheitenbegriffs. Dieser reduziert sich immer mehr auf die Sprache. Früher gefiel sich die Schweiz in der Vorstellung, eine Einheit aus vielen Minderheiten zu bilden. Nicht ungern sprach man von «einem Staat, zwei Religionen, drei Kulturen, vier Sprachen». Wichtig war vor allem, dass es zwei prägende Zugehörigkeiten gab: die Religion und die Sprache. Und diese deckten sich nicht. Die meisten gehörten in irgendeiner Konstellation zur Minderheit und in einer anderen zur Mehrheit. Deshalb dachte man in der Schweiz auch auffällig wenig in Kategorien von Mehrheit und Minderheit. Das hat sich mittlerweile geändert. Die Konfessionszugehörigkeit ist praktisch bedeutungslos geworden, und die Sprache bleibt als alleiniges Kriterium für die Ausscheidung in Mehrheit oder Minderheit übrig.

Kommt hinzu, dass das Eigenprofil der Kantone enorm geschwunden ist. Man betrachtet die Unterschiede in der Schweiz nicht mehr durch ein föderalistisches Prisma, in dem man die Eigenheiten des Neuenburgers, des St.Gallers oder des Tessiners notiert, obschon sich die Bürger immer noch stark mit ihren Kantonen identifizieren. Stattdessen werden die Landesteile in Sprachblökke aufgeteilt: hier die Deutschschweiz, da die Romandie, dort das Tessin. Mit erbsenzählerischer Akribie wird verbucht, wer welchen Anteil am Staatskuchen erhält. In Tat und Wahrheit sind die Gemeinsamkeiten über die Sprachgrenzen hinweg oft ausgeprägter als innerhalb der jeweiligen Sprachgemeinschaft. Die Stadtbasler und die Appenzeller oder die Genfer und die Unterwalliser haben nicht notgedrungen die gleichen Interessen.

Die Reduzierung der eidgenössischen Vielfalt auf Sprachblöcke ist ein gefährliches Unterfangen. Denn die Schweiz ist nicht ein sprachpolitisches, sondern ein staatliches Experiment. Sie erblüht von unten her, aus der Bürgergesellschaft, den Gemeinden und den Kantonen. Für eine dazwischengeschobene Kategorie von Sprachblökken gibt es keinen Platz – sie wäre Gift für die Willensnation Schweiz.

Die Willensnation Schweiz ist ein einzigartiges Modell, das sich gegen den europäischen Trend entwickelt hat.

Die zweite grosse Gefahr geht vom Prestigeverlust des Französischen aus. Französisch war einst eine Weltsprache. Heute wird es zusehends zu dem, was das Deutsche schon immer war: eine bedeutsame Regionalsprache. Das ist ein weltweiter Vorgang, dem sich die Schweiz nicht entziehen kann. Die Auswirkungen bekommt sie jedoch stärker zu spüren als nichtfranzösischsprachige oder reinfranzösischsprachige Länder. Denn die Schweiz ist darauf angewiesen, dass ihre Einwohner ein Interesse daran haben, die andern Landessprachen zu erlernen. Die Motivation zum Erlernen einer Fremdsprache hat indes viel mit deren Prestige zu tun.

Und wie steht es damit in der Schweiz? Im Welschland besitzt das Deutsche seit je wenig Prestige. Entsprechend gering ist die Lust der Schüler, Deutsch zu lernen. Doch stiessen sich die Deutschschweizer nie stark daran; sie nahmen das gleichsam als gegeben hin. Aber nun drohen ähnliche Zustände in der Deutschschweiz. Mit der Dominanz des Englischen erachten es viele als überflüssig, Französisch zu erlernen, das man in der weiten Welt kaum noch braucht. Es besteht die Gefahr, dass sich die Schweizer immer weniger in ihren Landessprachen über die Sprachgrenzen hinweg verständigen können und sich so allmählich entfremden. Das ist eine Entwicklung, deren problematische Aspekte zu wenig thematisiert werden. Es wäre an der Zeit, Gegensteuer zu geben. In unserem Land sollte das Erlernen einer zweiten Landessprache fraglos zum Kanon jeder Bildung gehören.

Schliesslich tut die Schweiz wohl daran, eine einfache Regel nie zu vergessen, mit der sie gut gefahren ist: die grösste Sprachgemeinschaft sollte mit den kleineren grosszügig umgehen. Sie soll im staatlichen Leben einen weniger grossen Anteil beanspruchen, als ihr aufgrund des Proporzes zustehen würde, dafür den kleineren Sprachgruppen mehr als nur das proportional Korrekte gewähren. Das hört sich einfach an und ist es eigentlich auch. Und doch: wieviele Minderheitenkonflikte wären Europa nach dem Zusammenbruch der Mauer erspart geblieben, wenn diese schlichte Regel in einigen Ländern angewandt worden wäre!

Die Willensnation Schweiz ist ein einzigartiges Modell, das sich gegen den europäischen Trend entwickelt hat. Fast alle Nationen formten sich um die Sprache herum. Nicht so die Schweiz. Den Kern der Nation bilden hier die politischen Rechte, die politische Freiheit. Die mehrsprachige Schweiz konnte nur entstehen, weil die Schweiz nie ganz in den Sog des Absolutismus geraten war. Sie war stets – einmal mehr, einmal weniger – eine Demokratie «von unten» und hielt an der hohen Selbstverantwortung der Gemeinden und Kantone fest. Aus der grossen Gestaltungsfreiheit auf lokaler und kantonaler Ebene erwuchs auf nationaler Ebene der Wille zum Zusammenhalt. Man wollte diese Freiheiten und Rechte gemeinsam wahren und schützen.

Das ist das Schweizer Paradoxon: die Schweiz konstituierte sich als Willensnation im Grunde gegen die Nation, sie konstituierte sich, um möglichst wenig Kompetenzen an die Nation abgeben zu müssen und stattdessen die Freiheiten beim Individuum, den Gemeinden und Kantonen zu belassen. Und es hat funktioniert. Der Föderalismus war für die Entstehung der Willensnation Schweiz eine unabdingbare Voraussetzung. Er ist es auch für ihren Bestand.

PAUL WIDMER, geboren 1949, ist Botschafter und Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg. Er ist Autor von «Die Schweiz als Sonderfall. Grundlagen – Geschichte – Gestaltung» (2007).

Wie kommt es, dass in der Schweiz vier Sprachgemeinschaften friedlich zusammenleben? Liegt es an der hohen Sprachkompetenz? Am wechselseitigen Respekt? Weit gefehlt! Der Grund ist viel profaner…

3 Wohlwollende Nichtbeachtung

Dieter Freiburghaus

Die Schweiz wird ihrer Viersprachigkeit wegen oft gelobt. Oder genauer: sie wird gelobt, weil sie trotz ihrer kulturellen Vielfalt politisch stabil ist. Für die meisten mehrsprachigen Staaten westlicher Prägung gilt dies nicht. Jugoslawien und die Tschechoslowakei sind zerbrochen, Belgien bröckelt, in Kanada gibt es eine frankophone separatistische Bewegung, und die Spannungen zwischen Barcelona und Madrid nehmen zu. Die Tatsache, dass drei der schweizerischen Sprachen gleichzeitig Nationalsprachen der Nachbarländer sind, liesse auch hierzulande separatistische Bewegungen erwarten. Doch davon ist keine Rede. Was also ist das Geheimnis der Schweiz?

Der Erklärungsversuche sind viele. Der Föderalismus begünstige das friedliche Zusammenleben, wird gesagt. Allerdings war auch Jugoslawien föderalistisch, Belgien und Kanada sind es ebenfalls, und Katalonien geniesst beträchtliche Autonomie.

Andere Beobachter verweisen auf eine historisch bedingte generelle Präferenz der Schweizer für Unterschiede und Differenzen. Dabei scheinen sie zu übersehen, dass diese Erklärung einem Zirkelschluss recht nahekommt.

Die Politikwissenschafter wiederum betonen, dass in der Schweiz verschiedene Grenzen nicht zusammenfallen, sondern sich überkreuzen: die Sprachgrenzen, die Konfessionsgrenzen, die Kantonsgrenzen und die Grenzen zwischen Berggebiet und Mittelland. Doch Ähnliches galt etwa auch für Jugoslawien. Umgekehrt bildet in der Schweiz der Röstigraben nicht nur eine Sprachgrenze, sondern er trennt auch oft bei aussen- und sozialpolitischen Abstimmungen. Sowohl die Welschen als auch die Tessiner klagen fortwährend über die Deutschschweizer Dominanz.

Bis in die Gegenwart hinein waren zudem die katholischen Kantone – von wenigen Ausnahmen abgesehen – wirtschaftlich eher schwächer entwickelt als die protestantischen. Und nicht zuletzt: politisch stabil ist dieses Land erst seit dem Zweiten Weltkrieg; vorher gab es immer wieder heftige Auseinandersetzungen zwischen Stadt- und Landorten, zwischen Katholiken und Protestanten, zwischen Bauern und städtischen Oligarchien und zwischen Arbeitern und Kapitalisten. Die moderne Schweiz ist das Resultat eines Bürgerkriegs.

Der Hauptgrund dafür, dass die Mehrsprachigkeit nie zu einem grösseren Problem geworden ist, muss also anderswo liegen. Meine These: die Schweiz pflegt in bezug auf die Sprachenfrage einen *benign neglect*, eine wohlwollende, aber bewusste Nichtbeachtung.

Das klingt zunächst einmal nicht sehr überzeugend. Wird nicht im Feuilleton und in den Leserbriefspalten die Sprachenfrage immer wieder thematisiert, der Röstigraben periodisch beschworen? Wird nicht beklagt, das Rätoromanische sei am Verschwinden, und es sprächen schon dreimal mehr Leute in der Schweiz Serbokroatisch als alle fünf Idiome des Rumantsch zusammen? Führte nicht unlängst «Frühenglisch» versus «Frühfranzösisch» zu erregten Debatten? Beklagen sich die Welschen nicht immer wieder darüber, dass die Deutschschweizer Schweizerdeutsch sprechen?

In der Tat – die Sprachenfrage ist virulent. Aber – sie wird bewusst nicht auf die politische Agenda des Bundes gesetzt. Das meinen wir mit dem helvetischen *benign neglect*. In Belgien dagegen beherrscht die Sprachenfrage die Agenda in Brüssel und führt gar zur Sprengung von Regierungskoalitionen.

Hat diese Form der wohlwollenden Nichtbeachtung in der Schweiz Tradition? Wie ist es dazu gekommen?

Die Alte Eidgenossenschaft war einsprachig deutsch, ein oberdeutscher Bund, in dem vielerlei alemannische Dialekte gesprochen wurden. Freiburg, das 1481 zum Bund stiess, war zwar zweisprachig, doch bis 1798 war Deutsch die Amtssprache. Nun gab es allerdings Untertanengebiete, in denen Französisch oder Italienisch gesprochen wurde. Abgesehen davon war Fran-

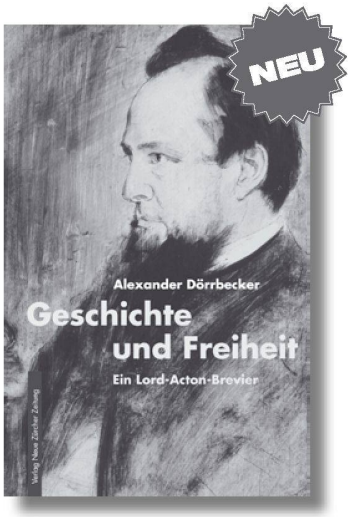
zösisch die Sprache der Berner Patrizier, und viele Innerschweizer waren – als Verkäufer von Käse und Vieh in Mailand – des Italienischen mächtig. Auch den Reisläufern waren verschiedene europäische Sprachen geläufig. Den Untertanen wurden also ihre Sprachen belassen, und sie konnten in ihrem eigenen Idiom mit den Gnädigen Herren verkehren.

Das war jedoch damals keine Besonderheit; denn bis ins 18. Jahrhundert hinein war es eher Regel als Ausnahme, dass Herrschaftsgebiete sich über verschiedene Völker und Sprachen erstreckten. Es gab in der Schweiz Jahrhunderte lang vielerlei Anlässe für Streit und Krieg – die Sprachen gehörten nicht dazu.

Spannender wurde es dann im 19. Jahrhundert, als der Nationalismus staatenbildend wurde. Homogenität war nun gefragt, und Sprache wurde dafür zu einem wichtigen Kriterium. Entweder wurden die Staaten über mehr oder weniger einheitlichen Sprachterritorien errichtet (deutsche, italienische Einigung), oder die Sprache des Hofes wurde zur Nationalsprache, während die andern Idiome an den Rand gedrängt wurden (Frankreich, Spanien). Wo dies nicht der Fall war, entstanden nationalistische Spannungen, welche bestehende Herrschaftsgebiete schliesslich sprengten (Donaumonarchie).

Keine dieser Varianten traf auf die Schweiz zu. Nach den napoleonischen Wirren wurden die Untertanengebiete zu eigenständigen Kantonen (Waadt, Tessin), und neue, zwei-, drei- oder französischsprachige kamen hinzu (Wallis, Graubünden, Neuenburg, Genf). Es gab weder einen königlichen Hof noch eine Hauptstadt, die den sprachlichen Primat beanspruchen konnten. Wollte man überhaupt zusammenbleiben, dann durfte Sprache nicht zum Kriterium der Ein- und Ausgrenzung gemacht werden. Und zusammenbleiben wollte man, denn jede Landesgegend hatte gute Gründe, sich nicht ihrem «Sprachvaterland» anzuschliessen.

Zur Zerreissprobe bei der Bundesstaatsgründung und noch ein halbes Jahrhundert darüber hinaus wurden die Konfessionskonflikte, und da gebot es die Klugheit, nicht auch noch die Sprachenfrage zum Thema zu machen. Also übersetzte man die Bundesverfassung ins Französische und ins Italienische. In diesen beiden Regionen hatten die Liberalen starke Partner. Die Gegner waren die Sonderbundskantone, und da sprach man mehrheitlich Deutsch. Sollte sich die neue Verfassung zur Sprachenfrage äussern? Ja, kurz und ganz hinten, vor den Übergangsbestimmungen. Hier fügte man einen Artikel 109 ein: *«Die drei Hauptsprachen der Schweiz, die deutsche, fran-*



Alexander Dörrbecker (Hrsg.)
Geschichte und Freiheit
Ein Lord-Acton-Brevier
240 Seiten, Broschur Fr. 24.–*/ € 16.–
* Unverbindliche Preisempfehlung

Weitere Informationen über diese Buchreihe auf:
www.nzz-libro.ch unter «Reihen»

Neu in der Reihe «Meisterdenker der Freiheitsphilosopie»
Herausgegeben von Gerd Habermann und Gerhard Schwarz

Lord Acton (1834–1902) war ein Historiker des 19. Jahrhunderts, dessen Name gleichrangig neben Leopold von Ranke oder Alexis de Tocqueville genannt wird. Vor seiner Ernennung zum Regius Professor der modernen Geschichte in Cambridge 1895 entstand sein wissenschaftliches Werk im Rahmen seiner Tätigkeit als Herausgeber verschiedener englischer katholischer Zeitschriften.

Zeit seines Lebens befasst sich Acton mit den historischen Grundlagen der Freiheit und den Mechanismen zur Beschränkung willkürlicher Macht. Friedrich August von Hayek hielt Lord Acton neben Tocqueville für den bedeutendsten Verfechter des Gedankens der Freiheit im 19. Jahrhundert. Dieses Brevier gibt in komprimierter Form die Hauptgedanken Lord Actons zur Entwicklung der Freiheit wieder.

Alexander Dörrbecker, Dr. LL. M., Attorney at Law (N. Y.). Referent im Bundesministerium der Justiz in Berlin und Mitglied der Hayek-Gesellschaft. Seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen behandeln neben Themen des Handels und Gesellschaftsrechts die Geschichte der U.S.-amerikanischen Verfassung.

www.nzz-libro.ch

Bestellung
Bitte senden Sie mir mit Rechnung:
☐ **Geschichte und Freiheit**
Ein Lord-Acton-Brevier
Hrsg. Alexander Dörrbecker
Fr. 24.–*/ €16.–
ISBN 978-3-03823-612-2
* Unverbindliche Preisempfehlung

Name, Vorname .....
Strasse, Nr. .....
PLZ, Ort .....
E-Mail .....
Telefon .....
Datum, Unterschrift .....

NZZ Libro
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 258 15 05,
Fax 044 258 13 99
Nzz.libro@nzz.ch

NZZ Libro
BUCHVERLAG NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

zösische und italienische, sind Nationalsprachen des Bundes.» So einfach war das.

Es war natürlich hilfreich, dass eine Sprache, die deutsche, mit fast siebzig Prozent der Bewohner klar dominierte. Zu ihr gab es keine ernstzunehmende Konkurrenz. Dies ermöglichte es den Deutschschweizern, zu den sprachlichen Minderheiten in paternalistischer Weise nett zu sein, während es diesen erlaubte, fortwährend zu klagen. Das ist auch heute noch so. Klug war es auch, sprachlich das Territorialprinzip in den Vordergrund zu rücken und damit Ängsten vor der Verschiebung der Sprachgrenzen entgegenzuwirken.

Man kann es aber auch anders sehen. Die Schweiz blieb – sprachlich gesehen, aber auch in manch anderer Beziehung – ein vormoderner Staat, gleichsam der letzte Überrest des alten, zersplitterten, mehrsprachigen deutschen Reiches: der extreme Föderalismus, die «Souveränität» der Kantone (Art. 3 BV), die fehlende nationale Einigung, die schwachen Bundesorgane und die bündnisartigen Zusammenschlüsse (Konkordate, Konferenz der Kantonsregierungen!). Insofern ist die Eidgenossenschaft in der Tat ein Sonderfall, an dem sie sich ergötzt – und an dem sie zuweilen leidet.

Wie ging es dann weiter? Eben mit *benign neglect*. Man war nie bereit, auftauchende Sprachenfragen auf die Bundesebene zu heben und dort zu lösen. Konkrete Probleme – etwa Widersprüche zwischen dem Territorialprinzip und der individuellen Sprachenfreiheit – überliess man den vier mehrsprachigen Kantonen; denn sie haben die Kulturhoheit. Das Bundesgericht liess vieles in der Schwebe. Und in schwerer Zeit setzte man dann noch eins drauf: gegen den Faschismus und den Nationalsozialismus – extreme Formen des Nationalismus – betonten die Schweizer umso mehr die Vielfalt und erhoben das Rätoromanische zur Landessprache. Diesem Idiom und dem Italienischen, als den beiden schwächsten Sprachen, liess der Bund eine geringe finanzielle Förderung angedeihen, mischte sich aber im übrigen nicht in die bündnerischen und tessinischen Angelegenheiten ein. *Benign neglect.*

1992, nach der Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), schien es, als ob ein Sprachenstreit unausweichlich würde; denn der europapolitische Röstigraben öffnete sich weit. Das Problem verliess das Feuilleton und drang auf die politischen Seiten der Zeitungen vor. Massnahmen wurden gefordert, ein Sprachengesetz musste her! Doch wiederum obsiegte der *benign neglect*: Europa trat in den Hintergrund, und nach langem Hin und Her entstand zwar 2007 ein Sprachengesetz, doch es schreibt die bisherige Politik weitgehend fort: Rätoromanisch und Italienisch werden unterstützt, dazu kommen nun unter anderem noch Beiträge für Schüleraustausch und Übersetzungen. Das wird jedoch kaum dazu führen, dass welsche Autoren in der Deutschschweiz und alemannische jenseits der Saane von einem breiteren Publikum zur Kenntnis genommen werden. Es gibt wenigstens keinen bösen Blick, wenn man sich den Rücken zuwendet!

Ein weiterer Anlass, die Sprachenfrage auf die nationale Ebene zu heben, ergab sich vor wenigen Jahren, als die Erziehungsdirektoren aus schwerverständlichen Gründen zur Überzeugung gelangten, der Fremdsprachenunterricht müsse in der Schule um einige Jahre vorverlegt werden. In der Deutschschweiz war nun die Frage: Zuerst Französisch oder zuerst Englisch? Zur gleichen Zeit wollte man mit dem Harmos-Konkordat (interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule) eine gewisse Vereinheitlichung des Unterrichts zum Nutzen der Kinder wandernder Eltern erreichen. Dies verhinderte jedoch nicht, dass in den ehemals burgundischen Deutschschweizer Kantonen Französisch die erste Fremdsprache blieb, östlich der Aare und der Reuss dagegen Englisch gewählt wurde! Kantonale Kulturhoheit geht vor, ein Machtwort des Bundes gab es nicht.

Gegen den Faschismus und den Nationalsozialismus betonten die Schweizer umso mehr die Vielfalt und erhoben das Rätoromanische zur Landessprache.

Nun befürchten einige, mit der Zeit werde eher Englisch als Deutsch zur alltäglichen Verständigungssprache zwischen den Schweizern, zumal auch die welschen Kids lieber englisch zappen und gamen. So weit dürfe es nicht kommen!, erschallt es landauf, landab. Es dürfte aber genau so weit kommen, denn es ist niemand da, der dagegen etwas unternähme. Eben: *benign neglect.*

DIETER FREIBURGHAUS, geboren 1943, ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft am Institut de hautes études en administration publique in Lausanne.

«Honky tonk», Beton, 100 x 30 x 90 cm, 2008 (Foto: L. Kropf)

Welche Zweitsprache sollen die Deutschschweizer, die Romands und die Tessiner in der Schule lernen? Das Drama eines sprachbegabten Landes.

4 English for Everybody

Virgilio Masciadri

Fast schon periodisch fegt eine linguistische Diskussion durch die bildungspolitisch interessierte Öffentlichkeit und lässt die Emotionen hochgehen. Die herkömmliche, fleissig bemühte Pflege der zweiten Landessprache in unseren Schulen sei wenig erfolgreich, nicht mehr zeitgemäss und durch das global gesehen nützlichere Studium des Englischen abzulösen, verkünden die einen – die anderen empfinden das als Angriff auf die Grundfesten unseres nationalen Selbstverständnisses.

Schweizer Sprachdebatten haben es in sich. Sie sind letztlich nicht zu vergleichen mit denen in anderen Ländern. Anderswo gibt es Konflikte, wenn die Mehrheit versucht, den Minderheiten ihre Sprache aufzuzwingen. Davon ist hierzulande nicht die Rede; keine der grösseren Landessprachen bedroht die andere, zum einen, weil jede nur ein Randgebiet einer stabilen europäischen Grosssprache darstellt, anderseits und vor allem wegen der mangelhaften Identifikation der Mehrheit selbst mit ihrer Sprache.

Es gehört in der Deutschschweiz zum guten Ton, die Standardvariante des Deutschen als fremd zu empfinden, während zugleich das Idiom des vertrauten Umgangs, der Lokaldialekt, nach wie vor nur in beschränktem Gebrauch steht. Gewiss hat die Mundart, wo immer mündlich kommuniziert wird, längst den Sieg davongetragen, selbst in Radio und Fernsehen. Dennoch käme es keinem Obstbauern in den Sinn, die Rechnung für eine Lieferung Äpfel im Thurgauer Dialekt aufzusetzen. Auch die gegenwärtig neue Blüte der schweizerdeutschen Dialektliteratur ist bezeichnenderweise zunächst von der *spoken word poetry* ausgegangen.

Die Mehrheitssprache, also Deutsch, zur Verkehrssprache zwischen den Gruppen zu erheben, erscheint unter solchen Bedingungen undenkbar. Deshalb ist ein eigentümlicher Stellvertreterkrieg um die Frage entbrannt, welche Zweitsprache die Mehrheit zunächst und hauptsächlich lernen soll, um mit den anderen zu reden. Ein Detail der Fremdsprachendidaktik wird damit zu einer staatspolitischen Frage aufgeblasen. Kein Wunder also, widmen sich, wenn der Nationalfonds ein Forschungsprogramm über «Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz»* ausschreibt, rund doppelt so viele Einzelstudien rein schulischen Problemen wie den anderen, gewiss nicht weniger bedeutenden Schwerpunkten, die etwa «Sprache und Wirtschaft» oder «Sprache und Identität» heissen. Dass die Bedeutung des in der Schule Gelernten für das Leben überschätzt wird, ist freilich ein Kennzeichen fast aller bildungspolitischen Diskussionen.

Leider zeigt der Blick in ein paar der aus diesem Nationalfondsprogramm hervorgegangenen Studien rasch, wie sehr die Resultate der «Bildungsforschung» auch heute noch von den ideologischen Interessen der jeweiligen Forscher konditioniert werden. Den Standpunkt der Verfechter der Priorität des Englischunterrichts vertritt zum Beispiel die Studie «Der Einfluss des Englischen auf das Französisch lernen» (sic!). Sie versucht, durch Erhebungen in Schulklassen nachzuweisen, dass Primarschüler mit Frühenglisch das Französische später besser lernen, ja dass überhaupt zwei Fremdsprachen auf der Unterstufe den Kindern den Spracherwerb erleichtern. Erst in den Fussnoten wird offenbar, wie sehr dieses Ergebnis durch geschickte Auswahl der zugrunde liegenden Stichprobe gesteuert wird. Die beobachteten Schulklassen stammen aus Obwalden, Zug und Schwyz, ländlichen Niedrigsteuerkantonen, wo Schweizer Oberschichtkinder die Mehrheit bilden, während der Ausländeranteil verschwindend gering bleibt: bloss 44 von 644 Kindern sind nicht deutscher Muttersprache, rund 7 Prozent.

Von solch idyllischen Verhältnissen kann man bereits in Schulhäusern einer mittelgrossen Schweizer Stadt meist nur noch träumen. Vergeblich sucht man in dieser Studie den Erfahrungsbericht eines Primarlehrers, der in Aussersihl eine Klasse unterrichtet, die zu mehr als drei Vierteln aus kleinen Brasilianern, Tamilen und Serben besteht, die zu Hause weder Deutsch noch Stillsitzen gelernt haben, und der diesen nun Frühenglisch und Frühfranzösisch beibringen sollte.

* Zum Nationalfondsprojekt «Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz» vgl. www.nfp56.ch/d.cfm; die daraus zitierten Studien: Andrea U. Haenni Hoti & Erika Werlen: «Der Einfluss von Englisch auf das Französisch lernen», 2009; Daniel Stotz: «Mehrsprachigkeit, Identität und Sprachenlernen in Schweizer Schulgemeinden», 2008.

In die Gegenrichtung zielt das Forschungsprojekt «Mehrsprachigkeit, Identität und Sprachenlernen in Schweizer Schulgemeinden». Dessen Schlussbericht analysiert zunächst die Durchsetzung des «Frühenglischen» am Beispiel der Vorreiterkantone Appenzell Innerrhoden und Zürich. Von der Führung der Bildungsdepartemente sei, lesen wir hier, in der Öffentlichkeit ein «hegemonialer Diskurs» installiert worden, um die einer politischen Absicht entsprechende Reform durchzusetzen. Dass das Festlegen und Verfolgen politischer Zielsetzungen zu den Aufgaben gehört, für die man Regierungsräte üblicherweise wählt, wird dabei nicht erwähnt. Ungenannt bleiben auch die Namen der zuständigen Bildungsdirektoren, Ernst Buschor und Carlo Schmid, was diesem ganzen Abschnitt etwas düster Raunendes gibt, als ob hier irgendwelche obskuren Kräfte am Werk gewesen wären.

Die Resultate der praktischen Untersuchung entsprechen dem in diesem Vorspann angeschlagenen Tonfall. Aus Sicht der Schüler bringe das Englische nicht halb so viel, wie von der politischen Führung behauptet; bei der Lehrstellensuche etwa seien gute Deutschkenntnisse weitaus am wichtigsten, ausserdem für jene, die in den kaufmännischen Bereich gingen, das Französische. So erweise sich das Englische für die Jugendlichen als kaum laufbahnrelevant, und namentlich in Appenzell bedauerten einige sogar den Mangel an zusätzlich wählbaren Unterrichtsmodulen in der zweiten Landessprache.

Allein, auch bei dieser Studie knirscht es bedenklich an der Datenbasis. Zugrunde liegen Äusserungen von jeweils etwa 20 Schülern aus Zürich und Appenzell, die verschiedenen Klassen entnommen und in 35minütigen Interviews befragt wurden. Nicht nur ist diese Stichprobe furchtbar schmal. Wer je erfahren hat, wie schnell und raffiniert sich Schüler im Gespräch auf die Erwartungen eines erwachsenen Gegenübers einstellen, kann sich vorstellen, was von einer solchen Befragung zu halten ist.

Eingangs dieser Studie wird übrigens darauf hingewiesen, dass die ungenügende Wirksamkeit und Beliebtheit des «Frühfranzösischen» (gerade in Zürich ein vielgehörtes Argument für die Einführung des «Frühenglischen») immer nur behauptet, aber nie durch eine wissenschaftliche Untersuchung nachgewiesen worden sei. Man wird das kaum bedauern – auch eine solche Studie hätte, wie alle andern, nur gefunden, was die damit beauftragten «Bildungsforscher» von Anfang an finden wollten.

Auf die Frage, welche Fremdsprache man zuerst und am gründlichsten lernen solle, kann, in einer national und international immer komplexer verflochtenen Gesellschaft wie der unsrigen, eigentlich gar keine für alle und jeden unterschiedslos richtige Antwort mehr gegeben werden. Das Sinnvollste wäre also, nicht eine Nebelwand vorgeblichen Expertenwissens hochwabern zu lassen, sondern Wahl und Verteilung der Gewichte soweit möglich der Vernunft und der Lebenserfahrung der Bürger zu überlassen. Welche Sprachen er selber braucht, kann jeder für sich allein vollkommen richtig beurteilen – welche Fremdsprache die ganze Nation braucht, wird nie jemand wissen.

Ohnehin liegen die Zeiten, in denen das Lernen am Ende der Schulzeit beendet war, um einiges zurück. Auch wer in der Schule fast nur Französisch gelernt hat, wird sich, wenn er in der akademischen oder ökonomischen Welt mit der Vorherrschaft des Angelsächsischen konfrontiert ist, rasch und motiviert die nötigen Fertigkeiten aneignen, und der ehemalige Englischschüler, der als Gewerbetreibender, Beamter oder Politiker auf gesamtschweizerischer Ebene tätig sein will, wird rasch genug die Notwendigkeit spüren, es auch im Französischen auf ein seriöses Niveau zu bringen. Im äussersten Fall wird er eben, wie vor nicht langer Zeit ein bekannter Industrieller, noch nach der Wahl in den Bundesrat seine ersten Ferien einem intensiven Studium der zweiten Landessprache widmen. Davon jedoch, den Fremdsprachenunterricht mit ideologischen Zielen aufzuladen – ob das nun das Bekenntnis zur globalisierten Welt oder zum Zusammenhalt des Bundesstaates sei –, sollte man besser endlich Abschied nehmen.

> Das Sinnvollste wäre, Wahl und Verteilung der Fremdsprachen der Vernunft und der Lebenserfahrung der Bürger zu überlassen.

VIRGILIO MASCIADRI, geboren 1963, ist Schriftsteller und Privatdozent für Klassische Philologie an der Universität Zürich. Seine jüngsten Publikationen sind: «Roberts Luftschiff» (Libretto, 2007), «Dämonen im Murimoos» (Kriminalroman, 2009).

Die Schweiz existiert – und wie! Die Romandie hingegen ist eine reine Erfindung. Zum Glück. Sonst hätte unser föderaler Bundesstaat ein ernsthaftes Problem.

5 La Romandie n'existe pas

Suzette Sandoz

Aus dem Französischen von Reinhart R. Fischer

Es gibt vier französischsprachige Kantone – in alphabetischer Reihenfolge Genf, Jura, Neuenburg und Waadt. Zu diesen einsprachigen Kantonen gesellen sich drei zweisprachige Kantone, von denen zwei – Freiburg und Wallis – mehrheitlich französischsprachig und einer – Bern – mehrheitlich deutschsprachig ist.

Was von alldem soll nun in die Romandie-Schublade? Nur die ganz französischsprachigen Kantone, oder auch die zweisprachigen? Und auch deren deutschsprachige Teile – oder doch eher nicht? Jedoch mit welchem Recht schlösse man gewisse Teile eines Kantons aus, wo doch gerade die Zweisprachigkeit grundlegend zu dessen Identität gehört? Und umgekehrt: mit welchem Recht wollte man Deutschsprachige als Romands behandeln?

Man sieht: ein ganz schöner Haufen Fragen – und an diesem lässt sich ablesen, wie wenig die Bezeichnung «Romandie» sich mit dem Reichtum der schweizerischen Identität verträgt, die just aus einer Verzahnung von Kulturen besteht, deren jede eigene Identität umgekehrt wieder von ebendieser Verzahnung mitbestimmt wird.

So wollen wir uns denn vorerst einfach an die Sprache als Kriterium halten – und geben dabei mit der Bezeichnung «Romandie» sogleich Anlass zu einem Minderheitenstreit.

Wenn man «Romandie» zur Bezeichnung einer Gesamtheit französischsprachiger Menschen verwendet, streicht man damit implizit den Grössenunterschied zwischen einer französischsprachigen Minderheit und einer deutschsprachigen Mehrheit heraus (und gleich auch noch zwischen dieser und der italienischsprachigen «Superminderheit»). Nichts ist gefährlicher als das Betonen von Minderheiten. Die Romandie, verstanden als französischsprachiges Teilstück des Landes, wäre dann nichts mehr weiter als ein Gebilde, das sein Überleben der Duldung durch die deutschsprachige Mehrheit verdankt. Das beste Mittel zum Anheizen von Feindseligkeit zwischen Gruppen besteht darin, die einen von ihnen laufend als unterlegen vorzuführen. Das Wunder der Schweiz dagegen besteht genau darin, solches dank den Kantonen vermieden zu haben.

Jeder Kanton, ungeachtet seiner Kultur, seiner Stärken oder seiner Schwächen, ist jedem anderen in allen Teilen gleich. Er ist nicht Teil eines Amalgams, dem diese Stärke oder jene Unzulänglichkeit zugeschrieben würde oder das man entweder seiner Stärken wegen fürchtet oder seiner Mängel wegen verachtet.

Von der Romandie zu sprechen heisst also, das Prinzip der Gleichheit unter den Kantonen zu missachten, das die Stärke und Stabilität der Schweiz ausmacht.

Man braucht natürlich mit den vorstehenden Überlegungen nicht einigzugehen und kann auf der Verwendung des Begriffs «Romandie» beharren. Bloss läuft man dann dabei Gefahr, gleich noch einen weiteren Streit loszutreten – denjenigen der Gebietsgrenzen.

Wenn denn die Romandie eine Spracheinheit sein soll, müssen deren Grenzen genau festgelegt werden – einschliesslich derjenigen der einzelnen Sprachzonen in den zweisprachigen Kantonen. Es ist schlecht vorstellbar, bei diesen andere Massstäbe anzulegen als bei der Abgrenzung der Romandie als eines Ganzen. Wären es folglich nur die Kantonsgrenzen, die so zu verändern wären, dass sie den Kriterien der Romandie entsprächen, und nicht auch innerhalb der Kantone die Regions- und Gemeindegrenzen, damit sie die Bevölkerungsbewegungen entsprechend abbilden? Gute Frage. Im Fernsehen wurde kürzlich ein einschlägiges Beispiel aus Belgien eingehend erörtert, das die Brüsseler Region betrifft – und das einem kalte Schauer über den Rücken jagt. Der belgische Staat steht kurz davor, daran zu zerbrechen. Hüten wir uns doch um alles in der Welt vor solchen Fehlern! Solange es die Romandie nicht gibt, bleiben die Bevölkerungsbewegungen innerhalb eines zweisprachigen Kantons ohne Einfluss auf dessen Geist und werden auch dem Frieden zwischen den Kantonen kaum etwas anhaben können. Lassen wir keine Bildung von Ghettos zu. Und die Romandie hätte es in sich, zu einem territorialen, sprachlichen Ghetto zu werden.

Anders die EU. Sie hat sich dem politisch-wirtschaftlichen Konzept der Regionen verschrieben, Gebilden, hinter denen die Grenzen – jener nationalistische Albtraum – verschwinden sollen. Die EU und unser Land sind zwei völlig verschiedene Paar Schuhe. Die Kantonsgrenzen sind Garanten des bundesstaatlichen Friedens, genau dadurch, dass sie die Bildung monolithischer Sprachblöcke verhindern. Den Kantonen stehen problemlos jegliche Möglichkeiten offen, untereinander verwaltungstechnische Übereinkünfte abzuschliessen, selbst über die Sprachgrenzen hinweg. Die Romandie ist keine Region im eurotechnischen Sinn und kann es auch gar nicht sein; denn dafür haben die betroffenen Kantone allzuverschiedene kulturelle und wirtschaftliche Interessen. Der Kanton Genf als Stadtkanton hat kaum Gemeinsamkeiten, sei es mit dem Gros-de-Vaud, sei es mit dem Waadtländer oder Walliser Chablais, und nicht einmal mit den Neuenburger Bergen. Im Berner Jura findet sich kaum Übereinstimmendes mit den Walliser Ferienorten, und der Beispiele wären noch viele.

Die «Romandie» ist eine Versimpelung, die schlicht mit keiner irgendwie gearteten schweizerischen Wirklichkeit zur Deckung zu bringen ist.

Kein Französischsprachiger kann im Namen aller Französischsprachigen reden, ebensowenig wie ein Deutschsprachiger im Namen «der» Zürcher, Basler oder Urner. Dagegen kann jeder, im Namen des Landes, seinen Respekt und seine Freundschaft für die anderen ausdrücken und seine Freude über den Reichtum und die Vielgestaltigkeit der kantonalen Geistesarten. Ich habe die Freude gehabt, mit Kollegen der verschiedenen Universitäten des Landes zusammenzuarbeiten; ich habe den Vorzug, dies mit den verschiedensten Kreisen aus den französischsprachigen oder zweisprachigen, oder auch deutschsprachigen, Kantonen weiterhin zu tun, und jede neue Begegnung erfüllt mich mit neuem Enthusiasmus. Die Haltung gegenüber den Behörden ist nicht dieselbe in den verschiedenen Kantonen, der Humor ist anders, sogar zwischen Französischsprachigen, die traditionellen Gerichte sind anders, die Gastfreundschaft ist anders – alles ist voller Nuancen. Es reicht, sich dessen bewusst zu sein, um das ausserordentliche Glück zu ermessen, das wir haben, auf so kleinem Raum eine derartige Vielfalt von Lebens- und Denkweisen erleben zu dürfen.

Deshalb wäre es auch so traurig, wenn das Französische jenseits der Saane aus den Lehrplänen verschwände, oder das Deutsche diesseits. Bezüglich des Deutschen haben wir Französischsprachigen allerdings etwas ein Handicap. Man lehrt uns in unseren Schulen – eher schlecht als recht – ein Deutsch, das dann nicht die Sprache des Herzens unserer Mitbürger ist. Da stellt sich die Frage: Wie lässt sich mit diesem Problem umgehen?

Schweizerdeutschunterricht an den Schulen liegt natürlich nicht drin. Dagegen wäre es hilfreich, wenn während des Erlernens der Schriftsprache gelegentlich zusätzlich «Schlüssel» zum Verständnis des Schweizerdeutschen mitgeliefert werden könnten. Und daneben kommt es auch vor, dass man sich oft etwas mehr Rücksicht auf die Französischsprachigen wünschen möchte, wenn man um einen Tisch herum sitzt und diskutiert. Als Deutschsprachige und Französischsprachige haben wir doch beide ein und dieselbe Fremdsprache gelernt: das Deutsche. Bedienen wir uns ihrer doch zusammen! Oder befolgen wir die Regel, dass jeder seine eigene Sprache spricht; denn das Hochdeutsche ist dem Schweizerdeutschen näher als das Französische.

Kein Französischsprachiger kann im Namen aller Französischsprachigen reden, ebensowenig wie ein Deutschsprachiger im Namen «der» Zürcher.

Mehr Besorgnis bereitet die Situation des Italienischen. Unsere italienischsprachigen Mitbürger sind fabelhaft; denn sie sprechen alle Sprachen und kommen in unsere Regionen für ihr Studium. Doch sie verteidigen ihre Sprache nicht genügend, etwa im Parlament, oder in offiziellen Kreisen. Sie sagen, sie hätten Angst, nicht verstanden zu werden. Das Verstandenwerden aber geht ebensosehr durch das Herz wie über den Kopf. Weil man im Herzen bis zutiefst hinein Schweizer ist, kann man die Echtheit seiner eigenen Kultur und Sprache ganz direkt im Namen seines Kantons verteidigen und braucht dazu keine Vereinnahmung in einem globalisierenden Stellvertretungskonstrukt wie der «Romandie». Der Einsatz für die eigene Kultur und Sprache ist jedoch fragwürdig, wenn er nicht vom ehrlichen Bemühen getragen wird, die Echtheit und die Kulturen der andern Schweizer und ihrer Kantone zu respektieren.

SUZETTE SANDOZ, geboren 1942, ist emeritierte Professorin für Familien- und Erbrecht der Universität Lausanne.

Eine Art Zürcher Hinterland? Oder doch eher eine Erweiterung Norditaliens? Die Tessiner fühlen sich marginalisiert. Zu Recht?

6 Sonderfall Ticino

Giancarlo Dillena

Aus dem Italienischen von René Scheu

Wenn wir Tessiner über die Lage unseres Kantons zwischen den nördlichen und südlichen Nachbarn sprechen, so gebrauchen wir oft das Bild der «Brücke». Dies ist durchaus positiv gemeint. Das Tessin erfüllt die wichtige Funktion, zwei Kulturen zu verbinden. Aber es ist zugleich ein zweischneidiges Bild, das sich bei näherer Betrachtung auch für andere – weniger günstige – Deutungen eignet.

Die Brücke verbindet nicht einfach zwei Gebiete, sondern sie überbrückt auch das, was unter ihr liegt. So gesehen, hat die Brückenfunktion auch eine negative Seite: das Tessin ist ein blosser «Übergang», sozusagen eine Erweiterung der Autobahn, die Hamburg mit Reggio di Calabria verbindet. Man bringt sie möglichst schnell hinter sich, womöglich ohne eine Pause einzulegen. Es ist, als existierte das Tessin als eigenständige Wirklichkeit gar nicht.

Das ist gewiss eine etwas extreme Sicht der Dinge, aber sie kommt der Wahrnehmung ziemlich nahe, die die Tessiner von sich selbst haben. Es ist in der Tat so, dass die Autobahn für die Eingliederung des Kantons in ein europäisches Verbindungsnetz, also für die Öffnung gegenüber dem Ausland, von grosser Bedeutung ist. Zugleich hat sie jedoch dazu beigetragen, ein bereits bestehendes Gefühl der Zerbrechlichkeit, ja der Randständigkeit zu verstärken.

Dieser Wesenszug durchzieht auf verschiedene Art und Weise die ganze Geschichte des Kantons. Er zeigt sich in den geographischen und demographischen Grundgegebenheiten – das Tessin ist zerklüftet und in vielen Bergtälern eher spärlich besiedelt. Er zeigt sich auch in den politischen und kulturellen Besonderheiten, die auf diesen Gegebenheiten aufbauen. Das Tessin ist amtlich «Republik und Kanton», verfügt also über eine grosse, vom Bund anerkannte Autonomie, und es ist jener Kanton, in dem Italienisch die offizielle Sprache ist. Zugespitzt formuliert: das Tessin gehört politisch zur Schweiz, aber kulturell zu Italien. Es ist dieses Spannungsfeld, das die Mentalität der Tessiner geprägt hat und weiterhin prägt. Davon zeugt die nie zur Ruhe kommende Debatte über die Tessiner Identität, die eine Art politisch-kulturellen Leitmotivs unserer Geschichte darstellt.

Um nun zum Bild der Brücke zurückzukehren, das ich eingangs angesprochen habe: man gewinnt den Eindruck, dass diese Sorge um die Identität das anhaltende Gefühl widerspiegle, «unter die Brücke zu fallen». Dieses Gefühl findet immer wieder aufs neue Nahrung. Die bekannten Anrufungen der Verwandtschaft und Freundschaft von seiten Italiens kontrastieren augenfällig mit den aggressiven und zuweilen verächtlichen, die Offensive gegen das angebliche Tessiner «Steuerparadies» begleitenden Erklärungen. Und wie reagierte Bundesbern oder – allgemeiner – der Schweizer, also der Deutschschweizer Finanzplatz? Derselbe Finanzplatz, der dem Tessin sonst freundlicherweise die Rolle des Bankenvorpostens für die Hortung der aus dem Süden kommenden Gelder zuweist? Er überliess den Kanton beim Krisenmanagement sich selbst, reagierte – wenn überhaupt – erst spät, und dann viel zu unentschlossen.

Solche Erfahrungen sind dazu angetan, die Gefühle von Zerbrechlichkeit und Ambivalenz zu fördern, die das Tessiner Gemüt ohnehin schon prägen. Wir fühlen uns einerseits in der *elveticità* und ihren Grundwerten – insbesondere im Föderalismus und in der direkten Demokratie – fest verwurzelt, wobei wir uns von unseren südlichen Nachbarn abgrenzen; doch sind wir uns anderseits der starken Abhängigkeit von Bern und Zürich bewusst – und orientieren uns umgekehrt gen Süden.

Dieser Zwiespalt führt geradezu zwangsläufig zu Frustration. Und in dieser Frustration wiederum liegen jene aggressiven Forderungen nach Unabhängigkeit begründet, die ein Ventil in der Lega dei Ticinesi gefunden haben, einer Bewegung mit durchaus folkloristischem Potential. Es ist ein sonderbarer Zufall, dass sie denselben Namen benutzt wie die politische Partei in Italien, die sich den Einsatz für den Föderalismus auf die Fahnen geschrieben hat. Dass die italienische Lega Nord viele Anleihen beim helvetischen Fö-

deralismus macht, widerspiegelt letztlich bloss einmal mehr, wie stark Norditalien mit dem Tessin verbunden ist. Kommt hinzu, dass die Tessiner Wirtschaft stark mit dem nahen Italien verzahnt ist. Täglich kommen 45'000 italienische Grenzgänger ins Tessin, um hier ihrer Arbeit nachzugehen.

Das ständige Spannungsfeld zwischen Nord und Süd, zwischen Abhängigkeit und Abgrenzung hat zur Herausbildung eines Charakterzugs geführt, der dem Kanton mehr schadet als nützt: die Selbstbezüglichkeit. Der Tessiner empfindet Probleme, mit denen sich auch andere Regionen herumschlagen, als spezifisch und ausschliesslich *ticinese*.

So erweist sich das Tessin als eine Art Resonanzraum für die Probleme, die sich nördlich der Alpen und südlich der Grenze abspielen. Es überrascht deshalb nicht, dass dieser Kanton, der in jeder Hinsicht ein eigener Staat ist (mit einer eigenen Regierung, einem eigenen Parlament und einer eigenen Sprache), eine Art politische Eigendynamik entwickelt, die sich vor allem um sich selbst dreht. Weniger verständlich – aber vielleicht nicht weniger überraschend – ist die Tatsache, dass staatliche Kommunikationsmittel, wie die Radio Televisione della Svizzera Italiana (RTSI), die eigentlich den nationalen Zusammenhalt stärken sollten, diese Selbstbezüglichkeit zusätzlich verstärken. Das Ergebnis ist ein Hang zur Verschlossenheit, der die Stellung des Tessins noch schwieriger macht, als sie ohnehin ist.

Und wie steht es mit der Sprache? Ich habe mir die Behandlung dieser Frage absichtlich für den Schluss aufgespart – nicht weil sie nicht wichtig wäre, sondern weil sie sich nur von dem bereits Gesagten her verstehen lässt. Es ist ein Fakt, dass das Italienische, obwohl es als Landessprache anerkannt ist, in den letzten Jahrzehnten – nicht nur, aber gerade im politisch-behördlichen Bereich – in der Schweiz an Einfluss verloren hat.

Es gab zwar eine massive Einwanderung von Italienern in den 1960er und 1970er Jahren. Doch sprechen sie zumeist ein südlich-dialektal gefärbtes Italienisch – ganz abgesehen davon, dass sie sich gut integriert haben und je nach Wohnsitz zumeist sehr gut auf Schwizerdütsch oder Französisch kommunizieren. Zugleich hat das wirtschaftliche Wachstum des Tessins bewirkt, dass das Interesse der neuen Generationen merklich abgenommen hat, jenseits des Gotthards, vielleicht gar in Bundesbern zu arbeiten. Dies wiederum hat dazu geführt, dass wir uns ständig über die geringe Bedeutung des Italienischen als dritter Landessprache beklagen, ohne dass wir dabei in der Lage wären, durch eine qualifizierte Präsenz in der Verwaltung daran etwas zu ändern. Die Vorstellung, diese Schwierigkeiten liessen sich durch einen politischen Akt – also durch ein Gesetz – beheben, ist durchaus heikel. Auch wenn sie immer wieder vorgebracht wird.

Die Tessiner tun sich schwer damit anzuerkennen, dass es hier weniger um ein spezifisches Problem des Tessins als vielmehr um ein Problem der sich wandelnden Schweiz geht. Die Schweiz hat, als ein komplexes Gebilde von grosser Vielfalt, eine besondere Aufmerksamkeit für Ausgleich und Herstellung von Gleichgewichten entwickelt, die zentral für die Geschichte, das Selbstverständnis und die Identität des gesamten Landes ist. Wenn nun zunehmend Abschottungstendenzen kultureller und sprachlicher Minderheiten sichtbar werden, so lassen sich jene nicht nur auf Eigenheiten dieser zurückführen. Sie sind vielmehr Ausdruck einer tieferreichenden Krise im Selbstverständnis der Schweiz.

In dem Masse, in dem der Sonderfall Tessin erkannt und anerkannt wird, hat auch der Sonderfall Schweiz weiterhin seine Existenzberechtigung.

Mit einer Paradoxie könnte man sagen, dass in dem Masse, in dem der Sonderfall Tessin erkannt und anerkannt wird, auch der Sonderfall Schweiz weiterhin seine Existenzberechtigung hat. Das stimmt zuversichtlich. Denn es wäre bedauerlich, wenn die Schweiz eines Tages bloss noch ein Sammelsurium sprachlicher und regionaler Besonderheiten ohne verbindendes Element wäre. Was geschieht, wenn lediglich noch irgendwelche Sonderinteressen den politischen Alltag bestimmen, können wir um uns herum in der EU beobachten.

Die Probleme des Tessins sind also zugleich Probleme der Schweiz. Daher täte der Rest der Schweiz gut daran, das Tessin genau zu studieren. Und umgekehrt sollte sich das Tessin nicht nur mit sich selbst, sondern auch mit dem Rest der Schweiz auseinandersetzen. Damit verschafft es sich Achtung und Glaubwürdigkeit – in den Augen der Miteidgenossen, aber vor allem auch in den eigenen.

GIANCARLO DILLENA, geboren 1953, hat an der Universität Genf Erziehungswissenschaften studiert und ist seit 1998 Chefredaktor des «Corriere del Ticino».

Die Jungen zieht es oft in die weite Welt. Dabei hätten sie schon vor der eigenen Tür ein eigenes Universum. Vier Studenten berichten.

7 Studieren in der Fremde

Alain Schorderet Einführung

In der Schweiz bilden sich immer mehr Gruppen zur Verteidigung der Mundarten oder Landessprachen. Dass man angesichts von vier anerkannten Sprachen von vier Landesteilen spricht, ist aber eine unzulässige Vereinfachung. Die willkürlich abgegrenzten Kulturräume sind heterogen und überschneiden sich. Unser Land fällt genau deshalb nicht auseinander, weil alle Sprachgebiete geteilt sind, durch geographische, konfessionelle, gesellschaftliche, wirtschaftliche Grenzen. Diese Grenzen wandern. Kantone sind entstanden, haben sich gespalten oder vergrössert. Eine Bedrohung für die Kohäsion der Schweiz entsteht bloss dann, wenn man scheinbar Gleiches zu Gleichem in einheitlichen Räumen zusammenfasst. Anerkennen wir, dass wir parallel in verschiedenen Systemen leben, nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich, kulturell, sprachlich!

In den Medien wird allein aufgrund der Sprache zwischen «uns» und «anderen» abgegrenzt. Dabei ist Sprache nur *ein* Aspekt von Kultur. Sprachen entwickeln sich nach ähnlichen Gesetzen und bleiben trotzdem uneinheitlich. Wenn die Verfassung nun vier Landessprachen berücksichtigt, dann ist das ein abstrakter Sollzustand: ein Grossteil der Romandie pflegte, stellenweise bis ins 20. Jahrhundert hinein, die Muttersprache Frankoprovenzalisch, die fast restlos durch das Französische verdrängt wurde. Das Rätoromanische konnte neben dem Deutschen bestehen und wurde, in einem Abwehrreflex gegen Mussolinis Ansprüche, 1938 offiziell als Landessprache anerkannt. Historisch und aktuell ist in der Schweiz eine Kluft zwischen Mundarten und Standardsprachen (Diglossie) der Normalfall.

Dialekte gibt es demnach nicht nur in der Deutschschweiz. Die Tessiner und Südbündner teilen die Kultur Italiens, pflegen aber noch heute lombardische Dialekte. Die Deutschschweizer nehmen an einem Sprachraum teil, der nicht auf Deutschland reduziert werden kann. Man spricht hier Dialekte, wie man sie auch in Winkeln des Elsasses, Süddeutschlands, Liechtensteins, Tirols und Norditaliens finden kann. Die Romands sprechen eine eigentliche Weltsprache, während das ursprüngliche Frankoprovenzalische nur noch im Aostatal blüht.

Während die fünf rätoromanischen Dialekte mit dem Rumantsch Grischun erst seit knapp 30 Jahren eine eigene Standardsprache haben, kommen unsere italienischen, französischen und deutschen Standards allesamt aus dem Ausland. Dass es bei der Stellung der Landessprachen auch um die historische und aktuelle Beziehung der Landesteile zu den grossen Nachbarn geht, wird gerne ausgeblendet. Kohäsion ist nicht nur das Produkt unseres Willens.

Wir leben in einer Zeit der Globalisierung. Es gibt attraktive Angebote an unsere besten Jugendlichen. Gerade diejenigen, die als Brückenbauer und Vorbilder auch in Zukunft für eine landesweite Verständigung sorgen könnten, folgen gerne dem Ruf der weiten Welt, lernen neben Englisch noch Arabisch, Hindi, Japanisch, Mandarin, Russisch und machen auf anderen Kontinenten Karriere. Das ist gut so! Aber wirklich offen ist nur, wer auch die Schweiz und die kulturell anderen vor der eigenen Haustüre kennt.

Die Mobilität ist längst interkontinental. Wir tun gut daran, dafür zu sorgen, dass die innerschweizerische und interregionale Mobilität darunter nicht leidet. Die Offenheit gegenüber den Landessprachen ist jedenfalls ein Trumpf, der durch nichts ersetzt werden kann. Eine doppelte Offenheit der besten jungen Köpfe gegenüber den uns im In- und Ausland am nächsten stehenden Menschen stärkt die Schweiz. Dann kann das Land, mit einem direkten Draht zu den Nachbarn innen und aussen, frei von Komplexen und Ressentiments wirken.

Vier Stipendiaten der Schweizerischen Studienstiftung aus verschiedenen Sprachräumen der Schweiz stellen sich im folgenden vor. Selbstbewusst reflektieren sie dabei ihre Stellung im jeweils anderen Landesteil sowie in der Welt.

ALAIN SCHORDERET, geboren 1972, ist Romanist und Kulturwissenschafter. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Schweizerischen Studienstiftung betreut er das von der Sophie und Karl Binding Stiftung finanzierte Kohäsions- und Austauschprojekt Univers Suisse. *www.universuisse.ch*

Aurelio Vigani Meine Tessiner Elveticità

Als Tessiner und italienischsprachiger Einwohner bemerke ich in Lausanne zuerst viele Gemeinsamkeiten, etwa das Selbstverständnis der Leute, Schweizer zu sein, oder Eigenschaften der physischen Umgebung. Obwohl ich mehrmals pro Monat eine lange Reise von einem Ende des Landes zum anderen unternehme, bleibt das Gefühl, zu Hause zu sein. Ganz anders aber ist es, wenn ich mich aus dem Tessin in das wenige Minuten entfernte Italien (Como oder Mailand) begebe. Trotz gemeinsamer Sprache und ähnlichen kulturellen Mustern ist dort das Gefühl des Fremdseins sehr ausgeprägt. Dieses einfache Beispiel schärft bei mir das Bewusstsein für den Wert einer Schweizer Identität, die Landesteile italienischer, deutscher, französischer und rätoromanischer Sprache verbindet.

Natürlich entsteht die mir eigene Identität wie jene zahlreicher Tessiner durch eine doppelte Positionierung, sowohl gegenüber Italien (vor allem was die Sprache, das Essen, die Kleidung u.a. betrifft) als auch gegenüber den sozialen und kulturellen Mustern meiner Miteidgenossen. Mir scheint, ich verkörpere selbst das paradoxe Verhalten der Tessiner, die sich in anderen Gegenden der Schweiz oder Europas aufhalten und ihre *elveticità* herausstreichen, um sich von den Italienern abzugrenzen, im Gegenteil aber ihre *italianità* hervorheben, um den Unterschied zu den Miteidgenossen klarzumachen.

Diese weitverbreitete Haltung könnte sich jedoch mittelfristig ändern, angesichts der Versuche auf europäischer Ebene, neue Bezüge zu schaffen. Die Konstruktion einer europäischen Identität, die zunehmend auf Regionalisierungsprozessen beruht, hat auch im Tessin neue Anreize zur Öffnung und Integration kulturell homogener Regionen geführt. Die im Entstehen begriffene insubrische Region im Grenzgebiet zwischen Tessin und Lombardei ist ein interessantes Beispiel dafür, wie die Tessiner Identität um eine weitere Schicht bereichert werden könnte.

AURELIO VIGANI, geboren 1985, stammt aus Mendrisio/TI. Er ist Doktorand und Assistent am Institut de géographie de l'Université de Lausanne, wo er mit einem Binding-Stipendium der Schweizerischen Studienstiftung einen Master in Etudes urbaines absolvierte.

Cyrill Greter Unterwegs mit der Sackmesseruhr

Ist es ein generelles Phänomen, dass man sich «in der Fremde» seiner Wurzeln stärker bewusst wird? Jedenfalls kann ich nicht umhin, in der Romandie meine Schwyzer Herkunft durchschimmern zu lassen. Wie oft mussten sich meine Mitstudenten schon anhören, dass die weltberühmten Victorinox-Taschenmesser in meinem Dorf hergestellt werden. Zugegeben, ich bin wohl der einzige im ganzen Konservatorium, der eine «Sackmesseruhr» sowie Stofftaschentücher benutzt und gelegentlich Älplermagronenabende organisiert. Vollends offenbart sich dann meine Heimatliebe, wenn ich Freunde nach Schwyz einlade und zur Besteigung unseres Hausberges, des Grossen Mythen, animiere.

Diesem Identitätsgefühl entgegengesetzt ist die Neugierde für den Landesteil, der mir bis vor kurzem fast gänzlich unbekannt war. Migros, Coop und die SBB gibt's auch hier, und doch ist alles ein bisschen anders. Ob sich die Weite des Léman auch in der Mentalität niedergeschlagen hat? Jedenfalls bin ich fasziniert und möchte meine französischsprachigen Landsleute besser kennenlernen, mich integrieren.

Grösste Herausforderung dabei ist die Sprache. Ich habe verschiedene Stadien durchlaufen. Nach einer ersten Phase der Faszination für die lebendige Sprache folgt Ernüchterung. Bei einer Gesprächsrunde möchte man sich beteiligen; doch bis man sich den Satz zurechtgelegt hat, ist das Gesprächsthema bereits weitergewandert… Inzwischen haben sich solche Momente reduziert, und bisweilen gelingen mir sogar selbstgebastelte Wortspiele: *Un prêtre promène son chien. Au bord du chemin il voit un bout de bois, le lance, et dit «amen!».*

Es bleibt jedoch zu sagen, dass ich mir als Deutschschweizer neben den vielen Studenten aus aller Herren Ländern gar nicht so exotisch vorkomme. Und da zuerst nach dem Instrument und erst danach nach der Herkunft gefragt wird, bin ich wohl in erster Linie Bratschist – ob Deutschschweizer, Japaner, Venezolaner oder Türke, ist dann zweitrangig.

CYRILL GRETER, geboren 1982, stammt aus Schwyz und studiert mit einem Binding-Stipendium am Conservatoire de Lausanne Bratsche. 2009 erhielt seine Vertonung des Comics «Lock» für vier Streicher einen Preis des Conservatoire.

Rico Valär Bin ich am Aussterben?

Outet man sich in der Westschweiz als Rätoromane, entgegnet der Romand oft ganz erstaunt: *«Tu es le premier Romanche que je rencontre!»* Die meisten Romands scheinen das Rätoromanische mit weissbärtigen Alpöhis in Verbindung zu bringen. Graubünden ist ja so weit weg! Und man hört doch immer, das Rätoromanische sterbe aus.

Die Tessiner verstehen das Theater um diese Kleinsprache nicht. *«Parliamo pure noi il dialetto e scriviamo l'italiano…»,* ist da der Tenor, wobei sie sich nicht um die sprach- und kulturgeschichtliche Holprigkeit des Vergleichs kümmern.

Die Deutschschweizer beginnen bei unserem Schweizerdeutschakzent gleich von Alpenrosen und Après-Ski zu schwärmen. Ob das obligate «Ich höre das so gern, das klingt so schön!» sich wirklich auf das Romanische oder doch auf den Bündnerdialekt bezieht, ist nie ganz klar. Auch hierzulande ist das Romanische eine Art Phantom. Die den Deutschschweizern am besten bekannte romanische Institution ist die romanische Gutenachtgeschichte am Samstagabend auf SF, das bekannteste romanische Wort dank Giacobbo/Müller «subvenziuns».

Die Rätoromanen sterben seit Jahrhunderten aus. Schon um 1900 prognostizierten Fortschrittsgläubige frohlockend die baldige Ausrottung des Hinterwäldlerdialekts. Die als Gegenwehr dazu konzipierten politischen Vorstösse rätoromanischer Vereine für die Erhaltung und Förderung der Sprache und die Propaganda zur Anerkennung der vierten Landessprache in den 1930er Jahren, mit Trachtenfrauen und Bergbauern, haben das Bild der Rätoromanen in der Schweiz nachhaltig geprägt.

Als einem zweisprachigen Rätoromanen ist meine Sprache für mich etwas Alltägliches und Lebendiges; trotzdem werde ich in der Deutschschweiz primär als Deutschschweizer wahrgenommen, nicht als Rätoromane. Dies ist auch gut so, denn würde ich in jeder Gesprächssituation meine eigentliche Sprachzugehörigkeit demonstrieren, wäre das eine unsinnige Behinderung der Kommunikation.

RICO VALÄR, geboren 1981, stammt aus Zuoz/GR. Der Engadiner Romanist und Kulturvermittler doktoriert gegenwärtig zu Peider Lansel an der Universität Zürich. 2009 sprach ihm der Kanton Graubünden einen Förderpreis für seine Arbeit zu.

Maya Chollet Der Romand ist der letzte

Was ist ein Romand? – Nun, ich halte mich an die empirische Forschung.

Ein Romand ist ein Tourist, der von jeder Strassenbahn überfahren wird, weil es bei ihm zu Hause, hinter dem Röstigraben, keine Trams gibt. Man muss jedoch zwischen dem Fussgänger und dem automobilen Romand unterscheiden. Der Autofahrer ist eine potentielle Gefahr, weil er nicht an die Flut von Tausenden von Velos gewöhnt ist, die zu den Stosszeiten durch die Stadt strömen. Diese Deutschschweizer sind so sportlich, dass sie ihre Drahtesel sogar dann fahren, wenn es Bindfäden giesst.

Einen universitären Romand trifft man meist in der Umgebung der Cafeteria des Universitätsgebäudes. Er kommt immer pünktlich, das heisst pünktlich zu spät. Kurz gesagt, ist er immer der letzte. Letzter beim Essen, letzter beim Trinken, letzter beim Lachen über Witze, denn Schwizertütsch ist noch nicht seine Sache, letzter beim Zusammenpacken und letzter beim Verlassen des Saals, schlurfenden Schrittes.

Ein sportlicher Romand ist ähnlich zu definieren: letzter in der Garderobe, letzter unter der Dusche. Da ich Schwimmerin bin, würde ich, was mich betrifft, hinzufügen: letzte beim Eintauchen, letzte beim Föhnen, letzte beim harten Geschwindigkeitstraining. Wie schaffen das unsere Mitbürger bloss, so effizient zu sein?

Einen Romand in Basel, der Stadt, die ich für mein Experiment gewählt habe, kann man auch an seinem verdutzten Blick erkennen… Vor allem auf die Wurststände auf dem Marktplatz oder auf die Spinner, die sich in der Mittagspause über den Rhein treiben lassen. Dazu kommen die Verrückten, die in den wenigen verbleibenden Minuten auch noch rennen gehen. Diese Basler bewegen sich ununterbrochen.

Die Romands sind voll der Neugier auf alles Deutschschweizerische. Wenn ihr jemanden mit drei Säcken voll Bretzeli und zwei Kilo Leckerli herumspazieren seht, seid ihr bestimmt auf eines dieser Exemplare gestossen. Schliesslich braucht es für eine Rückkehr in die Heimat Reserven…

MAYA CHOLLET, geboren 1987, stammt aus Palézieux-Village/VD. Die Spitzensportlerin, die verschiedene nationale und internationale Laufwettkämpfe gewonnen hat, betreibt mit einem Binding-Stipendium Europastudien an der Universität Basel.